



> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: **Interpellation von Christoph Buser, FDP: Existenzbedrohende Altlastensanierungen bei Baselbieter KMU**

Autor/in: [Christoph Buser](#)

Mitunterzeichnet von: --

Eingereicht am: 26. Juni 2014

Bemerkungen: --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Mit der Einführung der Altlastenverordnung im Jahr 1998 wurde die Basis für eine langfristige Lösung des Altlastenproblems in der Schweiz gelegt. Grundstücke, welche durch Unfälle, Ablagerungen von Abfällen oder auf Grund der dort vorgenommenen gewerblichen Tätigkeiten belastet wurden, sollen erfasst, untersucht und wenn nötig saniert werden. Im Kanton Baselland wurden bislang Belastungen bei rund 1400 Standorten festgestellt, knapp die Hälfte dieser Standorte muss näher untersucht werden, um eine Gefährdung der Umwelt ausschliessen zu können. Mit fortschreitendem Verlauf dieser Abklärung konkretisieren sich auch die Sanierungsprojekte auf Werks- und Betriebsgeländen von Baselbieter KMU. Bereits heute wird in mehreren Fällen ersichtlich, dass die vorgesehenen Sanierungsmassnahmen die Mittel und Möglichkeiten der betroffenen Gewerbebetriebe bei weitem überschreiten und somit eine existenzielle Bedrohung für die Unternehmen darstellen. Während die Lösung von Umweltproblemen, die ihren Ursprung in der Vergangenheit haben, richtig und wichtig ist, stehen die ausschliesslich auf Nachsorge ausgerichteten Massnahmen den Bemühungen des Kantons in einzelnen, aber mitunter gewichtigen Fällen diametral entgegen, die kantonalen Wirtschaftsstrukturen zu fördern und den vorhandenen Bestand an Unternehmen und Arbeitsplätzen zu pflegen. So führt der drohende Konkurs von Gewerbebetrieben auf sanierungsbedürftigen Standorten nicht nur zu einer empfindlichen Schwächung der Wirtschaftsstruktur unseres Kantons durch den Wegfall von Arbeitsplätzen, Steuereinnahmen und steigenden Kosten bei den Sozialwerken, auch die sogenannten Ausfallkosten für die Bewältigung der gesetzlich vorgegebenen Sanierungen gehen in solchen Fällen voll zu Lasten der öffentlichen Hand.

Vor diesem Hintergrund möchte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen bitten:

1. Kann abgeschätzt werden, wie viele Unternehmen resp. Arbeitsplätze durch solche Altlasten-Sanierungsprojekte gefährdet sind?
2. Können die entsprechenden Ausfallkosten zu Lasten der öffentlichen Hand abgeschätzt werden?
3. Bestehen Möglichkeiten, Unternehmen, die durch Altlastenprojekte existenziell bedroht sind, gezielt zu unterstützen, so dass eine drohende Insolvenz abgewendet und die dadurch gefährdeten Arbeitsplätze gerettet werden können? Diese Frage ist insbesondere auch vor dem Hintergrund der Wirtschaftsoffensive und der darin enthaltenen Bestandespflege zu sehen.